

Einkommensrunde mit Bund und Kommunen

Auftakt der dbb Regionalkonferenzen in Düsseldorf und Hamm



Düsseldorf, 2. September 2024, v.l.n.r. Roland Staude, Vorsitzender DBB NRW, Volker Geyer, dbb Fachvorstand Tarifpolitik, Andreas Hemsing, Bundesvorsitzer komba gewerkschaft



Hamm/Westfalen, 3. September 2024, Waldemar Dombrowsky, dbb Fachvorstand Beamtenpolitik (l.), und Volker Geyer, dbb Fachvorstand Tarifpolitik (r.)

Die Einkommensrunde 2025 mit Bund und Kommunen steht vor der Tür. Die Verhandlungen starten am 24. Januar 2025 in Potsdam. Davor wird die Bundestarifkommission des dbb am 9. Oktober 2024 ihre Forderungen beschließen. Bis dahin treffen sich Vertreterinnen und Vertreter der dbb Mitgliedsgewerkschaften – wie im letzten Jahr – auf insgesamt sieben Regionalkonferenzen und diskutieren über Missstände, Änderungsbedarf und mögliche Forderungen.

Düsseldorf am 2. September 2024

Die erste Regionalkonferenz fand am 2. September 2024 in Düsseldorf statt. Rund 100 Kolleginnen und Kollegen der dbb Mitgliedsgewerkschaften diskutierten engagiert über ihre Arbeitsbedingungen und die anstehende Einkommensrunde. Neben dem Ruf nach deutlichen Entgeltsteigerungen sprachen sich die Teilnehmenden auch vehement dafür aus, die Themen Arbeitszeit und Überlastung in ihren unterschiedlichen Facetten zu beleuchten.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb Volker Geyer erklärte: „Die Belastung der Kolleginnen und Kollegen wächst: Bei der Arbeit, weil die Politik ihnen ständig zusätzliche Aufgaben auflädt, während immer mehr erfahrene Leute in den Ruhestand gehen. Gleichzeitig sind die Lebenshaltungskosten weiterhin hoch und steigen weiter – man denke nur an die steigenden Mieten in vielen Ballungszentren. Deshalb brauchen wir dringend Entlastung. Sowohl durch höhere Einkommen, als auch durch attraktive und flexible Arbeitszeitmodelle. So kann der öffentliche Dienst gleichzeitig auch interessanter für Nachwuchskräfte werden. Denn gerade für junge Menschen ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft das entscheidende Kriterium bei der Jobwahl. Das alles werden wir mit Bund und Kommunen besprechen müssen.“

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Andreas Hemsing unterstrich: „Bei Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen ist Entlastung ein ganz wesentliches Thema. Klar ist aber: Die berechtigten Forderungen der Beschäftigten sind schon



Düsseldorf, 2. September 2024





Hamm/Westfalen, 3. September 2024



oft genug auf taube Ohren bei den Arbeitgebenden gestoßen. Deshalb müssen wir bereit sein, für unsere Anliegen einzustehen – nicht nur am Verhandlungstisch, sondern zur Not auch mit Protest auf der Straße. Dabei können wir auf breite Unterstützung aus der Bevölkerung hoffen, denn dort haben es die Menschen ebenso leid wie unsere Kolleginnen und Kollegen, dass unser kaputtgesparter öffentlicher Dienst nur noch für eine Schön-Wetter-Daseinsfürsorge taugt.“

Roland Staude, Vorsitzender des dbb Landesbunds Nordrhein-Westfalen (DBB NRW), betonte die Bedeutung der Einkommensrunde für Tarifbeschäftigte sowie Beamtinnen und Beamte gleichermaßen: „Auch wenn die Regelungen tatsächlich und rechtlich anders ausgestaltet sind als im Tarifbereich, muss natürlich am Ende auch für die Beamtinnen und Beamten eine angemessene Erhöhung der Besoldung sowie eine echte Entlastung stehen. Damit wir das schaffen, müssen wir jede Einkommensrunde als gemeinsames Projekt beider Statusgruppen begreifen und solidarisch gemeinsam für unsere Interessen eintreten.“

Hamm am 3. September 2024

Gleich am folgenden Tag fand die zweite Regionalkonferenz in Hamm / Westfalen statt. Auch hier diskutierten die Teilnehmenden über viele Aspekte, die in die Forderungsfindung der dbb Gremien einfließen werden.

Waldemar Dombrowski, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, stellte klar, dass ein funktionsfähiger öffentlicher Dienst nur mit motivierten Beschäftigten zu haben ist: „Was für die Tarifbeschäftigten gilt, ist für die Beamtinnen und Beamten des Bundes ebenso richtig: Die Einkommen müssen deutlich steigen, damit der Bund als Arbeitgeber attraktiv bleibt. Daneben brauchen wir für die Bundesbeamtinnen und -beamten dringend eine spürbare Entlastung. Schon seit 2006 gilt hier eine Wochenarbeitszeit von 41 Stunden. Diese Sonderbelastung muss endlich abgeschafft werden.“

Volker Geyer wies darauf hin, dass der dbb auch in dieser Verhandlungsrunde mit Arbeitgebenden konfrontiert sein werde, die unter großem finanziellem Druck stehen. Das gelte für zahlreiche Kommunen, aber auch für den Bund, wie die schwierigen Haushaltsverhandlungen der letzten Monate gezeigt haben. Es sei zu erwarten, dass die Kolleginnen und Kollegen auch in dieser Runde gemeinsam für die notwendigen Verbesserungen kämpfen müssen.

Weitere Informationen sind unter www.dbb.de/arbeitsnehmende abrufbar.



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Bestellung weiterer Informationen

Name*

Vorname*

Straße*

PLZ/Ort*

Dienststelle/Betrieb*

Beruf

Beschäftigt als*:

- Tarifbeschäftigte/r
- Azubi, Schüler/in
- Beamter/Beamtin
- Anwärter/in
- Rentner/in
- Versorgungsempfänger/in
- Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.
- Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.
- Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

Datenschutzhinweis: Wir speichern und verarbeiten die uns mitgeteilten Daten, um den uns erteilten Auftrag zu erfüllen. Die mit einem Sternchen* versehenen Daten sind Pflichtdaten, ohne die eine Bearbeitung nicht möglich ist. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 (1) b DSGVO. Wenn Sie Informationen über eine Mitgliedsgewerkschaft wünschen, so geben wir Ihre Daten dorthin weiter. Sonst erfolgt keine Weitergabe an Dritte, sondern lediglich an Auftragsverarbeiter. Wir löschen die Daten, wenn sie für die verfolgten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist: dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 40 81 - 40, Telefax: 030. 40 81 - 49 99, E-Mail: post@dbb.de. Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter derselben Anschrift oder unter: E-Mail: datenschutz@dbb.de. Informationen über Ihre Rechte als Betroffener sowie weitere Informationen erhalten Sie hier: www.dbb.de/datenschutz.

Datum / Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.
dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 4081-5400, Fax: 030. 4081-4399, E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de